

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

25.8.1923 (No. 196)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Zernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. B. Redakteur  
Carl Aug.  
Eysfried,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für August 800 000 M. — Einzelnummer 50 000 M. — Anzeigengebühr: 25 000 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewaltiger Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Sozial- und Kleinrentnerfürsorge

1. Nach der im Reichsgesetzblatt Nr. 73 vom 18. August 1923 (Seite 794) veröffentlichten Verordnung über die Anweisung der Geldbeträge für die Unterstützung an Rentnempfänger der Invaliden- und Angehörtenversicherung ist folgendes zu beachten:

a) Artikel 2 bestimmt:  
Die Gemeinden sind verpflichtet, den Unterstützungsempfängern eine Nachzahlung für die Zeit vom 1. Juli bis 15. Aug. 1923 zu leisten.  
Die Nachzahlung ist zu berechnen, indem für den genannten, 1½ Monate umfassenden Zeitraum folgende Gesamteinkommen zugrunde zu legen sind.

Bei einem	Gesamteinkommen für 1. 7. — 15. 8. 1923
1) Invaliden- oder Altersrentner	7 540 000 M.
2) Witwen- oder Witwerrentner 60 % von 1) =	4 524 000 M.
3) Waisenrentner 50 % von 1) =	3 770 000 M.
Diese Sätze erhöhen sich um den unter 1) bezug. 2) genannten Betrag bei Vorhandensein	
4) von erwerbsunfähigen unterhaltsberechtigten Ehegatten	bei 1) um 1 508 000 M. bei 2) um 904 800 M.
5) von Kindern (gegebenenfalls auch Enkeln) unter 15 Jahren, die keine andere Rente beziehen, für jedes Kind	bei 1) um 1 508 000 M. bei 2) um 904 800 M.
Bei der Berechnung der unter 1), 2) und 3) genannten Gesamteinkommen bleiben außer Betracht	
6) Arbeitseinkommen bis	zur Höhe der unter 1), 2) und 3) genannten Beträge
7) die in § 2 Ziff. 7 der VO. vom 14. 8. 1923 genannten sonstigen Bezüge	bis zu 1/3 der unter 1), 2) und 3) genannten Beträge

Die unter 1 bis 7 genannten Zahlen sind für Orte des besetzten Gebietes, des Einbruchgebietes und für die ihnen gleichgestellten Bezirke um 25 Prozent (= 1/4) zu erhöhen. Bereits auf Grund der bisherigen Bestimmungen für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August 1923 bezahlte Beträge sind aufzurechnen.

Über die Auszahlung dieser Nachzahlung ist zwecks Rückforderung von 1/3 aus Reichsmitteln eine besondere Nachweisung (nach üblichem Bordruck) aufzustellen.

b) Artikel 1 bestimmt:

Ab 16. August 1923 ist die Unterstützung halbm. monatlich zu bezahlen.

Von diesem Zeitpunkt an kann das Gesamteinkommen eines Invalidenrentners bis zu einem Höchstbetrag aufgeführt werden, der sich durch die mit der Zahl 15 (= 1/2 Monat) vervielfachte Reichsrichtzahl (Reichsindeszahl) mit Verlesung nach der letzten vor dem Zahlungstage und bevor die Gemeinden mit der endgültigen Berechnung der auszahlbaren Beträge begonnen haben, erfolgten Veröffentlichung ergibt.

War z. B. die bis zum Tage des Berechnungsbeginnes veröffentlichte Reichsrichtzahl (Reichsindeszahl) 436 935, so ist der Berechnung der Unterstützungsbeträge für einen halben Monat ein Gesamteinkommen von 436 935 x 15 = 6 554 025 M. zugrunde zu legen. Hiernach ist zu bestimmen, welcher Teil dieses Höchstbetrages dem einzelnen Unterstützungsempfänger auszahlbar ist.

Wird mit der endgültigen Berechnung jedoch erst begonnen, nachdem die Reichsrichtzahl (Reichsindeszahl) vom 20. August 1923 mit 753 733 veröffentlicht war, so wäre das Einkommen eines Invalidenrentners beispielsweise für einen halben Monat auf 753 733 x 15 = 11 305 995 M. aufzufüllen.

Der Höchstbetrag ist nur dann zu gewähren, wenn dies nach den Umständen des einzelnen Falles unter Berücksichtigung der Vorschriften über die Anrechnung von Arbeits- oder sonstigen Einkommen erforderlich erscheint. Eine schematische Auszahlung der Höchstbeträge, die vielfach — namentlich in ländlichen Gemeinden — nicht gerechtfertigt sind, ist daher unbedingt zu vermeiden.

Die Auszahlung soll tunlichst beschleunigt werden; dabei wäre zu erstreben, daß die Auszahlung jedoch jeweils am 1. und 15. eines Monats, jedenfalls aber an gleichmäßig wiederkehrenden Zeitpunkten, halbm. monatlich erfolgt. Zur schnelleren Berechnung der Einzelsätze empfiehlt es sich, daß die Gemeinden für jeden Unterstützungsempfänger eine bestimmte Grundzahl z. B. 0,3 (1/3) oder 0,5 (1/2) oder 0,8 (2/3) oder 1 festsetzen, mit der dann die Zahl des Gesamteinkommens zu verhältnismäßig nur 1/4 (0,25) der Höchstbeträge gewährt, so wäre bei der Berechnung des an ihn auszuzahlenden Betrages lediglich die Zahl des Gesamteinkommens mit der für ihn listen- oder kartothekmäßig festgelegten Grundzahl von 0,25 (1/4) zu multiplizieren und der sich ergebende Betrag auf volle 1000 M. aufzurunden. Von Zeit zu Zeit wird eine Nachprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unterstützungsempfängers zu erfolgen haben und bei eingetretenen Veränderungen die Grundzahl entsprechend abzuändern sein.

c) Bei stattgefundenen monatlicher Vorauszahlung der Auszahlungsbeträge sind an der nach den neuen Vorschriften (1b) zu berechnenden Unterstützung für die Zeit vom 16.—31. August 1923 1/2 der bereits für August bezahlten Unterstützungsbeträge aufzurechnen.

Höhere Abzüge, etwa entsprechend der seit Auszahlung der Beträge eingetretenen Erhöhung der Indeszahl sind nicht zulässig.

d) Bis der vorliegenden Veröffentlichung zugrundeliegende Erlaß des Arbeitsministeriums bei den Gemeinden eintrifft, wird voraussichtlich schon die Reichsindeszahl vom 27. August veröffentlicht sein. Die Unterstützungsberechnung und Auszahlung hat jedoch auf Grund dieser Zahlen zu erfolgen.

Die Reichsindeszahl wird wöchentlich vom Statistischen Reichsamt ermittelt und in der Regel Donnerstags durch das Postbüro verbreitet. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Unterstützungsberechnung zugrunde zu legenden Reichsindeszahlen ohne Verzug jeweils im Staatsanzeiger (Karlsruher Zeitung) in amtlicher Form veröffentlicht werden.

2. Änderung des bisherigen Abrechnungsverfahrens.

a) Die ab 16. August 1923 eingetretene Neuregelung macht künftig eine halbm. monatliche Abrechnung notwendig. Die dadurch verursachte Mehrarbeit läßt sich leider nicht umgehen.

Die Städte und Gemeinden haben die Gemeindevorstellungen nach Bordruck (Muster 1 Anlage 7 des Bundesgesetzes vom 14. Februar 1923 Nr. 6185) halbm. monatlich dem Bezirksamt und zwar halbm. monatlich nach erfolgter Auszahlung spätestens aber auf 25. des Monats beginn. 10. des folgenden Monats einzureichen. Einnahme Gemeinden sind vom Bezirksamt zu erinnern.

Die Bezirksämter haben die Gemeindevorstellungen in einer Bezirksnachweisung (Muster 2) zusammenzufassen. Gegebenenfalls sind für jeden halben Monat 2—3 Teil-Bezirksnachweisungen einzureichen.

Auf die raschest mögliche Rückforderung von 1/3 der von den Gemeinden ausbezahlten Unterst. muß der größte Wert gelegt werden, damit die Gemeinden durch die Erzahlungen die für die folgenden Zahlungen nötigen Mittel wieder erhalten.

b) Ständige Vorhülle (Stammvorhülle) werden auf Antrag schnellstens gewährt oder erhöht. Die Überweisung erfolgt mit der größtmöglichen Beschleunigung.

#### 3. Kleinrentnerfürsorge

Nicht nur die Sozial-, sondern auch die Kleinrentnerunterstützung ist nach obigen Vorschriften zu berechnen, auszahlbar und zurückzuführen. Abschnitt IV, Ziff. 10 Abs. 2 (4 und 5), Abschnitt VIII Ziff. 23 Abs. 1, Ziff. 24 Abs. 1 der Richtlinien für die Kleinrentnerfürsorge in Baden vom 20. Juli 1923 Nr. 85 526 gelten als entsprechend abgeändert.

### Stresemanns Antwort

#### Ein Garantieangebot

\* Stresemann hat in einer Rede vor dem deutschen Industrie- und Handelskongress geantwortet. Die Ausführungen sind unter Vermeidung aller Schärpen sachlich. Die von Frankreich an Rhein und Ruhr geforderten Pfänder, die Verpfändung der rheinischen Eisenbahnen und die Industrieregionen, lehnte der Reichskanzler ab. Dagegen gab er zu erkennen, daß Frankreich Sicherheiten und Garantien für seine Forderungen im gesamten deutschen Reich haben könne. Er kam damit auf das Angebot zurück, das bereits die frühere Reichsregierung unter dem 7. Juni gemacht hat. Eine Verpfändung jedoch, welche die Lösung der rheinischen Landesteile vorbereite, sei unmöglich. Wenn Frankreich keine machtpolitischen Ziele am Rhein verfolgt, kann es Sicherheiten in Deutschland haben. Der Kanzler, der bereits früher einmal erklärt hatte, daß die Lösung des Reparationsproblems nicht daran scheitern dürfe, ob Deutschland eine Milliarde mehr oder weniger auf sich nehme, ließ auch in dieser Rede durchblicken, daß über die Höhe der Reparationsansprüche verhandelt werden könne.

Dies ganz kurz der wesentliche Inhalt der Erklärung Stresemanns. In der Pariser Presse deutet freilich so gut wie nichts, außer einigen sehr platonischen Äußerungen darauf hin, daß selbst bei so weitgehenden Entgegenkommen, die Annahme direkter Verhandlungen zwischen Deutschland u. Frankreich, wie man sie namentlich in England augenblicklich wünscht, wirklich Erfolg verspreche. Die annexionsistische Tendenz überwiegt weiterhin in Paris, trotz aller Beteuerungen Poincarés, daß er Deutschland nicht zertrümmern wolle, in Presse und Öffentlichkeit wird dieses Ziel so gut wie unverhüllt weiter betrieben. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Antwort, welche Poincaré möglicherweise in seiner morgigen Sonnabendrede in Chassif (Departement Meuse) gibt, die Diskussion vorwärts bringt. Dazu war seine letzte Note an England zu intransigant. Eine grundlegende Änderung der politischen Ziele Frankreichs, eine Abkehr von dem, was es bisher gegen Deutschland betrieben, ist Bedingung, daß die Debatte Positives und uns der Lösung der europäischen Krise näher bringt. So viel muß jedenfalls gesagt werden, daß Deutschland nicht weiter gehen kann und darf, als der Kanzler ankündigte, daß jeder Tag auch die letzten deutschen Erfüllungsmöglichkeiten immer mehr in Frage stellt.

Stresemann wiederholte zunächst den Gedanken, den er schon im Reichstag geäußert hat, daß die innere Sanierung Deutschlands keine wirksamste außenpolitische Betätigung sei. Er wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin die die jetzige Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds, wertbeständiger Zahlungs- und Anlagemittel und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet hat. Entschieden wies er den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe, und betonte, daß die Reichsregierung vor einem scharfen Eingriff in die Vermögenssubstantz nicht zurücksehe. Sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskreise nicht nur aus Zwang, sondern aus eigener Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden. Trotz scharfer Eingriffe in die Vermögenssubstantz sei eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich.

Die Frage von Recht und Schuld, die in der Note der britischen Regierung eine so bedeutsame Würdigung gefunden habe, werde das deutsche Volk dem Urteil unparteiischer Schiedsrichter jederzeit zu unterbreiten bereit sein. Auch hinsichtlich der bisherigen Reparationsleistungen habe Deutschland für sich durch die unparteiische Untersuchung des Institutes of the Economic in Washington die Genugtuung erhalten, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden, als es durch die Reparationskommission geschieht. Das genannte Institut bewertet die seit dem Waffenstillstand bis zum 30. September 1923 an greifbaren Werken geleisteten Beträge auf mindestens 25—26 Milliarden Goldmark, und erklärt außerdem, daß das deutsche Verlangen nach Aufschreibung weiterer erheblicher Posten zugunsten Deutschlands gerechtfertigt ist. Die deutsche Regierung selbst beziffert die Gesamtleistungen auf Grund eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Die Wölfer erwarten, so führte der Reichskanzler weiter aus, von den Staatsmännern die Begierde für ein friedliches Nebeneinanderleben. Die ungeschriebenen Gesetze des Welthandels, auf denen sich einst der Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaute, müssen wieder zur Geltung kommen. Höchst beachtenswerte Gedanken zu einer praktischen Lösung sind in der Veröffentlichung der britischen Regierung enthalten.

Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Soweit der Grundsatz wirksamer Garantien für die künftigen deutschen Leistungen in Betracht kommt, ist die Inanspruchnahme des deutschen Reichsbesitzes und der deutschen Wirtschaft zur Stellung der von der französischen Regierung geforderten Reparations Pfänder auch in dem Memorandum der deutschen Regierung vom 7. Juni zum Ausdruck gebracht, jenem Vorschlag, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort gefunden hat. Wir sind uns bewußt, in diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, in dem sie über die Pfandnahme des Verfallenen Vertrages hinausgeht und die uns verbleibenden Kraftquellen der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantien für die künftigen deutschen Leistungen hineinzieht. Die in dem französischen Gelbbuch gegebene Darstellung, wonach Deutschlands wirtschaftliche Hilfsquellen und Steuerkraft nicht gerettet seien, bezeichnete der Kanzler als eine Überschätzung der deutschen Wirtschaftskraft. Die angeblichen großen Gewinne der deutschen Wirtschaft seien vielfach so lächerlich gering, daß beispielsweise die letzte Jahresdividende der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmache. Wenn jedoch in der deutschen Wirtschaft, was wir nicht bestreiten, Möglichkeiten einer Zukunftsentwicklung liegen, so bedürfte es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzten Deutschland verbliebenen Kraftquellen zum Träger der Garantien für die Reparationsverpflichtungen macht.

In diesem Zusammenhang erklärte der Kanzler weiter, die jetzige Regierung halte an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung der deutschen Souveränität, für die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse stehe die Regierung das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu bieten. Wenn die französische Regierung von dem Gedanken ausgeht, produktive Pfänder für die Leistungen Deutschlands nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könne sie wohl einen Weg der Verständigung mit Deutschland finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und dem Deutschen Reich andererseits gehen. Die, wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Übertragung der rheinländischen Bahnen, sowie einzelner Bergwerke und Werkstätten an Rhein und Ruhr, wie es in den Dokumenten 3 und 26 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden.

Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinländer haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken. Bis zur Stunde liegen uns nur Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, in ihrem Treueverhältnis zum Reich und zu Preußen, das geschichtlich ihre innere Einstellung begründet, das allgeringste zu ändern.

Die Frage des deutschen Rheinlandes ist für uns keine Frage des Kompromisses, sondern die Lebensfrage, in der es für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt: nämlich den deutschen Rhein innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, daß er weder politische noch annexionsistische Pläne verfolgt. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vor-

Mag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie tatsäch- lich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonder- behandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer prakti- schen Lösung, wie sie Deutschland akzeptieren kann, versperren. Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regie- rung ihre Politik auf die Entzweiung der Alliierten abstellen wollte. Deutschland hofft, daß innerhalb gemeinsamer Ver- ständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden werde, der die berechtigten Ansprüche der Gläu- bigerstaaten mit der Gewährleistung der deutschen Entwick- lungsmöglichkeit vereint.

Der Kanzler schloß mit dem Hinweis auf die notwendige So- lidarität der Völker, um sie vor neuen Welterschütterungen zu bewahren. Durch das deutsche Volk gehe ein tiefes Sehnen nach Frieden, Freiheit und Ordnung. Deutschland tut jetzt das äußerste, um bei sich selbst die Grundlagen hierfür zu schaffen. Die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, schließt die Aufrechterhaltung der Kulturgemein- schaft der Völker in sich und wird für Europa eine Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Niedergang sowie Chaos sein.

In seiner Rede am Donnerstag richtete der Reichskanzler bei Besprechung der werbeständigen Löhne und Gehälter, die geschaffen werden müssen, an die Vertreter von Handel und Industrie die dringende Bitte, eine Forderung lieber von den Herrschaften zu leben, als mit Anforderungen an die Regierung heranzutreten, die nicht erfüllt werden können. Die werbeständigen Löhne werden auf der Grundlage des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes festgesetzt werden müssen. Wenn gerechtere Erfolge erlangt werden sollen, so müsse das Reich über volle Souveränität verfügen.

## Politische Neuigkeiten

### Mangel an nationaler Disziplin

Der „Hannoversche Kurier“ wendet sich gegen die gemein- schaftliche Agitation, die von den extremen Parteien gegen die Reichsregierung, insbesondere gegen den Reichskanzler Dr. Stresemann betrieben wird. Das Blatt sagt u. a.:

Jene unverantwortlichen Angriffe malten erneut ähnliche, das Gefüge des Deutschen Reiches bis in seine Tiefen erschüt- ternden Ereignisse an die Wand, wie wir sie durchleben mußten, als im Juni vorigen Jahres der deutsche Reichsaussen- minister Dr. Rathenau von Würdern auf der Straße niederge- schossen wurde. Welche Gefahr allein schon in dem Spiel mit solchen Gedanken liegt, sollte doch allmählich einem jeden klar geworden sein, der die immer nervöser und gespannter wer- nende Stimmung des deutschen Volkes kennt. Wer dennoch von solchem Spiel nicht lassen kann und sich womöglich bei die- sem Beginn auch noch mit dem Mantelchen des besseren Ra- tionalempfindens umhängt, handelt verbrecherisch, und tut es um so mehr, je enger die politische Lage Deutschlands nach außen und innen an sich schon ist. Es ist auch verfehlt, wenn etwa, wie durch die „Deutsche Tageszeitung“ unter Hinweis auf gewisse Vorfälle zur Zeit der Regierung Wirth, über den Ernst solcher Gehe hinweggetäuscht zu werden versucht wird. Die nachfolgenden Vorgänge im Garten der Reichskanzlei, die die „Deutsche Tageszeitung“ zu jenen Ereignissen unter Wirths Kanzlerschaft in Parallele setzen will, sind ja gerade von der Reichskanzlei selbst als Diebstahlsversuche und nicht als Mord- versuche hingestellt worden, so daß also hier keineswegs der Ver- such gemacht worden ist, heute schon von feindlicher Seite aus Dr. Stresemann mit dem Schein des Märtyrers zu umgeben. Das alles aber kann den Eindruck nicht hervorrufen, daß die unverantwortliche persönliche Gehe gegen Stresemann Mög- lichkeiten in sich schließt, die auszubenten und nicht nur an den Rand des Abgrundes, sondern in dessen Tiefen selbst hin- einzuführen muß. Zu einem Mittel ganz eigener Art, um den Reichskanzler zu verunglimpfen, greift im übrigen die von Eduard Stadler herausgegebene Wochenschrift „Gewissen“, die auf Grund einer graphologischen Untersuchung aus der Hand- schrift Dr. Stresemanns eine Charakterisierung von diesem gibt, die so voller Niedrigkeiten und Antwürfe ist, daß sie zwar von jedem ernstlichen Menschen sofort als elendes Machwerk er- kannt und zur Seite gelegt, aber natürlich von allen jenen Kräften, die von vornherein dem deutschen Kanzler übel wol- len, mit hämischer Schadenfreude gegen diesen benutzt und ausgeschlachtet werden wird. Es ist überhaupt undenkbar, daß in irgend einem anderen Volke der Erde mit solchen Mitteln der Gehe und des Herabziehens in kritischen Zeiten gegen den ersten Vertreter des Volkes gearbeitet wird, wie es hier jetzt gegen den Reichskanzler Dr. Stresemann geschieht.

Während der französische Ministerpräsident, solange der Rubelkonflikt dauert, auch von seinem politischen Gegner loyal unterstützt wird, hatten es gerade die Leute, die nach einer starken Außenpolitik rufen, für angebracht, die Aktionsfähigkeit der deutschen Regierung mit allen Mitteln zu erschüttern und zu schwächen. Es ist heute sehr leicht, nach einem „Diktator“ zu rufen, nach einem „starken Mann“, der aller Not ein Ende machen soll. Das ist eine recht primitive Vorstellung, hinter der das Gegenteil von wirklichem Nachdenken steckt. Ein Staats- mann ist so stark, wie das Volk, das hinter ihm steht, ihn macht. Nicht die Unumschränktheit der geschriebenen Vollmachten ver- schafft ihm freie Hand, sondern die Entschlossenheit und Ge- schlossenheit des Volkswillens. In Frankreich beruht die Macht- stellung Poincarés nicht auf gesetzlichen Bestimmungen oder ungeschriebener Illustrierung, sondern auf einer sehr starken na- tionalen Disziplin.

### Die Besoldungspolitik des Reichs

In seiner Rede im Hauptauschuß des Reichstages hatte Reichsfinanzminister Dr. Silberling darauf aufmerksam ge- macht, daß das Reich augenblicklich nicht nur für seinen eigenen Bedarf aufzukommen, sondern nahezu auch die gesamten Besoldungslasten der Länder und Gemeinden zu tragen habe, obwohl seine eigenen Einnahmen aus Steuern usw. nicht ent- fernt zur Deckung seiner eigenen Ausgaben reichen. Mit den Ursachen dieses fürchtbaren Finanzjähns beschäftigt sich die „Frankf. Ztg.“ in einer längeren Berliner Korrespondenz. Das Blatt schreibt:

Man wird auch an einer Erörterung der Art und Weise nicht vorübergehen dürfen, in der die Reichsfinanzverwaltung die Besoldungsverhältnisse der Beamten und Staatsarbeiter im Monat August geregelt hat, und man wird dabei, wenn man der Allgemeinheit dienen will, auch vor einem offenen Wort nicht zurückerschrecken dürfen. Aus Veröffentlichungen der letz- ten Tage ergibt sich, daß die Stundenlöhne der Reichs- und Staatsarbeiter den in der Privatindustrie gezahlten erheblich vorauseilen, zum Teil um 100 000 bis 150 000 M. Auch ein Vergleich der Gehälter der Privatangestellten mit den Be- soldungen zeigt, daß die Beamten diesen Angestellten in ihrer Besoldungsregelung erheblich vorausgeeilt sind und eine viel stärkere Anpassung an die Geldentwertung erreicht haben.

Das Vorbild, das die Reichsfinanzverwaltung mit ihrer Be- soldungspolitik unter Zustimmung des Reichstages gegeben hat, ist sehr gefährlich. Gerade das rasche Tempo, mit dem das Reich mit der Besoldungsregelung vorangeht, ist einer der

stärksten Gründe dafür, daß die Privatwirtschaft nicht mehr mitkommen kann. Die massierte Ausschüttung gewaltiger Bil- lionenbeträge von neuen Zahlungsmitteln auf dem Wege der Besoldungserhöhung ist eine der stärksten Quellen der Infla- tion, also der weiteren Senkung des Geldwertes im inländi- schen Verkehr. Das Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen, bei denen die Reichsfinanzverwaltung mit Hilfe der Noten- presse einigermaßen mitzukommen vermag, wird für diejenigen Unternehmungen, die das Geld verdienen müssen, allmählich aussichtslos. Kein Mensch beneidet die Beamten um ihre relative — denn nur um eine solche handelt es sich — Beförderung, aber sie selbst und vor allem die Reichsregierung müssen sich der außerordentlich bedenklichen Konsequenzen be- wußt sein, die die Fortsetzung dieser Politik haben muß.

In der Wirkung wird die so gekennzeichnete Besoldungs- politik des Reiches noch verschärft durch die großzügige Aus- schüttungspolitik, zu der sich neuerdings die Finanzverwaltung entschlossen hat. Aus „fiskaltechnischen“ Gründen haben in Berlin sehr viele, wenn nicht alle Beamten, die erhöhten Teuerungszulagen nicht nur für die zweite Augusthälfte, sondern sofort auch für den ganzen Monat September ausbezahlt bekommen. Um nur einige Beispiele zu erwähnen, hatte das zur Folge, daß ein Beamter der Gruppe X (Regierungsräte) mit einem Schloß 200 bis 270 Millionen, ein Beamter der Gruppe XI (Oberregierungsräte) rund 450 Millionen, ein Beamter der Gruppe XIII (Ministerialräte) rund 550 Millionen Mark erhielt. Es ist kein Wunder, daß ein so gewaltiger Ausfluß von Zahlungsmitteln innerhalb weniger Tage nicht aus Steuermitteln, sondern nahezu ausschließlich aus neuer Geldschöpfung, also aus eigener Steigerung der Inflation um viele hunderte von Millionen bestritten werden konnte. Die Folgen wird man an den Ausweisen über die schwebende Schuld am 20. und 31. August in aller nächster Zeit deutlich vor Augen geführt bekommen. Der Reichsfinanzminister hat den festen Entschluß ausgesprochen, mit aller Energie von der finanzpolitischen wie von der währungspolitischen Seite her im Haushalt Ordnung zu schaffen. Das ist unmöglich, wenn man bei einem der wichtigsten, wahrscheinlich dem allerwichtigsten, Ausgabenposten, den das Reichsbudget kennt, so aus dem Bol- len wirtschaftet, wie bisher.

### „Diktatur“

Der „Vorwärts“ interpretiert die Ankündigung des Reichs- kanzlers und die Notwendigkeit diktatorischer Maßnahmen zu- treffend in folgender Weise: „Die Ankündigung des Reichs- kanzlers läuft auf eine „Diktatur der Mehrheit“ hinaus. Ver- stünde man unter Diktatur lediglich eine Gewalt Herrschaft, die sich über die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamentsmehr- heit hinwegsetzt, so wäre „Diktatur der Mehrheit“ ein Wider- spruch in sich selbst. Was aber hier gemeint ist, ist eine rüd- sichtslose Geltendmachung des durch die Parlamentsmehrheit verordneten verfassungsmäßigen Staatswillens. Diese ver- fassungsmäßige Diktatur zu verwirklichen, liegt im Interesse der Volksmehrheit, auf die sich die Parlamentsmehrheit stützt. Diktatur in diesem Sinne ist nichts als Ausführung der Ver- fassung.“

### Die Einführung einer Drohnensteuer

empfehlte der demokratische Reichstagsabgeordnete Minister a. D. Dietrich, nachdem er darauf aufmerksam gemacht hat, daß es eine Menge sogen. Geschäftsleute gibt, die durch die jüngst vom Reichstag beschlossenen Steuern nicht getroffen werden. Zu diesen Geschäftsleuten, so schreibt Abg. Dietrich, gehört die große Masse derjenigen, die heute unethischweise „handeln“ auf dem Lande herumfahren, die Lebensmittel auf- laufen und durch drei, vier Hände in den Städten vertreiben, in Berlin in den Kaffees herumhüpfen, mit alten Kleidern und Pelzen, mit Juwelen und Altwaren, mit Dollars und französi- sche Franken, mit Grundstücken und mit ausrangierten Schif- fen, mit Verschleppung von Vermögensgrundstücken ins Aus- land, mit nicht versicherten Kigarreten, mit Automobilen und Perfektapparat und tausend anderen Dingen, die man nicht kennt, handeln. Vielfach Leute, die eine gute Wohnung haben, einen reichlichen Haushalt führen, deren Sprache wir nicht verstehen, die dafür aber unsere geschäftlichen Gewohnheiten korrumpieren. Solche Leute sollten, sofern sie nicht ordnungs- mäßig ein Gewerbe betreiben, und zur Steuer veranlagt sind, mit einer festen Goldmarkabgabe belastet werden. Eine der- artige Steuer müsse durchzuführen sein. Schon deswegen, weil jeder, der die Stimmung im Volke kennt und hört, weiß, daß hier der Reim maßgebender Mut und berechtigten Jornes der notleidenden Volksschichten liegt.

### Die Rubrikpolitik Frankreichs

Frankfurt a. M., 25. Aug. Die Franzosen haben, wie die „Frf. Ztg.“ meldet, gestern früh 6 Uhr des zu Beginn der Rubrikation bereits besetzten „Flaschenhalbes“ ein neues grü- nes Stück deutschen Gebietes mit der Stadt Camberg, dem Flecken Kirberg und dem bekannten Niederseifers besetzt. Sie haben die Besatzungsbahnen jenseits der Bahnstrecke Camberg- Eschhofen-Rimburg verlegt, um diese Strecke in ihre Kontrolle und in die Zollgrenze einbezogen. Auf den Bahnhöfen ha- ben sie, wie wir erfahren, erklärt, in den deutschen Strecken- betrieb zunächst nicht eingreifen zu wollen. Es handelt sich um einen neuen schweren Bruch des Friedensvertrags.

Köln, 24. Aug. Nach Dortmund Meldungen soll am Mon- tag, den 27. August, nachts 12 Uhr eine Verstärkung der Re- tehrschwerer insoweit eintreten, als die Pässe, auf denen die rote Striche den Genehmigungsvermerk darstellen, ihre Gültig- keit verlieren und von den Franzosen nicht anerkannt werden. An zuständiger Stelle wird diese Nachricht nicht bestätigt und ihre Richtigkeit bestritten.

Landau, 24. Aug. Auch der juristische Hilfsarbeiter des kürz- lich von der französischen Besatzungsbehörde aus Landau aus- gewiesenen bekannten Verteidigers vor französischen Gerichten, Rechtsanwalt Dr. Seimann, Referendar Fögl, Landau, ist von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen worden. Seine Ausweisung wird ebenso wie die des Rechtsanwalts Dr. Seimann von den Franzosen damit begründet, daß er den passiven Widerstand unterstützt und Verbindungen mit Geheim- organisationen rechts der Rheins unterhalten habe.

### Der Landesverrats-Prozess Oehme

Vor dem Ferienantritt des Reichsgerichts Leipzig begann am Donnerstag der Prozess gegen den Berliner Journalkisten Walter Oehme wegen Landesverrat. Die Anklage laut Oehme zur Last, an ausländische Korrespondenten Nachrichten gegeben zu haben, die dem Ausland nicht hätten weiter gegeben wer- den dürfen. Insbesondere habe Oehme Verbindungen mit einem holländischen Nachrichtenbureau unterhalten, das von der Anklage als Spionagebureau bezeichnet wird. Zur Ver- handlung sind außer einer Reihe von Zeugen auch Sachver- ständige geladen, darunter der Chefredakteur der Bostonschen Zeitung, Georg Bernhard und der Redakteur Karmann von der Deutschen Tageszeitung. Auf Antrag des Oberreichsan- walts beschließt der Senat Ausschluß der Öffentlichkeit für die Dauer des Prozesses. Darüber hinaus legt er allen Zeugen und Sachverständigen strengstens Stillschweigenes auf.

## Der Mordprozess Baur

Im Prozess Baur vor dem Münchener Volksgericht bean- tragte der Staatsanwalt gegen Jos. Berger, Hans Berner und Zwengauer die Todesstrafe, gegen Dr. Ruge wegen Aufforde- rung zum Mord ein Jahr Gefängnis, d. h. die reichliche Höchst- strafe. Das Urteil wird am Montag, nachmittags 6 Uhr, ver- fündet werden.

Unter der Zeugenvernehmung befand sich auch der Vater Zwengauers, ein Hauptlehrer, der aussagte, sein Sohn habe ihm gesagt, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei, den Baur zu erschließen. Es müsse ein äußerer Einfluß auf seinen Sohn ausgeübt worden sein. Sein Sohn sei so müde gewesen, daß ein Glas Schnaps genügt hätte, um ihn vollkommen betrunken zu machen. Zeuge Dr. Grandt berichtet über eine Rede Ruges. Ruge habe die jungen Leute aufgefordert, alle Vater- landsfeinde in erster Linie die Novemberverbrecher und das Judentum zu vernichten. Die führenden Männer der Juden und der revolutionären Parteien mühen auf jede Weise ver- nichtet werden. Zeuge Gerichtsfretter Singer bestätigte die Worte Ruges in der Versammlung, nach denen sich jeder Teilnehmer einen Juden herausuchen solle, den er im Falle des Umsturzes umlegen solle. Ruge habe auch davon gespro- chen, daß bei Verhaftung eines nationalen Führers der Staats- anwalt dran glauben müsse. Einige Versammlungsteilneh- mer seien höchstens 15 Jahre alt gewesen. — Der medizinische Sachverständige fasste sein Urteil über Zwengauer dahin zu- sammen, daß von einer geistigen Erkrankung nicht gesprochen werden könne, wohl aber von einer hysterischen Veranlagung. Zwengauer habe sich bei Beginn der Straftat nicht in einem Zustand befunden, der seine freie Willensbetätigung aus- geschlossen hätte. Was Dr. Ruge anlangt, so sei er intellektuell hochbegabt und von einem starken Gerechtigkeitsfanatismus. Er sei eine fanatische Kampfnatur. Zeichen einer geistigen Er- krankung, Verfolgungswahn und Ähnliches seien nicht fest- zustellen.

### Eine polnische Stimme gegen die Deutschenverfolgung

Die scharfen Maßnahmen zur Unterdrückung der deutschen Widerheiten in Polen, wobei auch ungesetzliche Mittel nicht gescheut werden, haben den Widerstand weiter Kreise der pol- nischen Bevölkerung hervorgerufen. Diese Stimmung findet ihren Ausdruck in einem Artikel des Warschauer „Robotnik“, in dem dieser die polnischen „Siege“ auf diesem Gebiet als eine polnische Niederlage in der Welt darstellt. Das Blatt schreibt u. a.: „Gegen die deutschen Organisationen wird scharf vorgegangen, trotzdem ihnen kein einziges Vergehen nachgewie- sen werden kann. Der Deutschertum wurde nur deshalb aufgelöst, weil er es gewagt hat 1921 Polen bei dem Völkerver- trag zu verlassen, daß es seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht erfüllt. Es ist also nur ein Machtwort gegen die Deutschen. Unnützerweise wird eine deutsche Pre- dentia geschaffen.“

Die Blätter der Rechten dagegen triumphierten über die „Siege“ gegen die Deutschen und feiern den Wojwoden in Rommerellen Drojst als Helden. „Gazeta Warszawska“ will überhaupt keine deutsche Organisation mehr dulden. Ganz besonders scharfes Vorgehen wünscht das Blatt jedoch gegen die protestantische Kirche. Man darf nicht vergessen, daß „Gazeta Warszawska“ das Organ des einflussreichsten Nationaldemo- kraten, Roman Dmowski ist.

Die Frage der deutschen Ansiedler vor dem Schiedsgericht scheint für Polen nicht sehr günstig zu stehen. Man kann dies aus den Angriffen entnehmen, die die Presse der Rechten gegen den früheren polnischen Vertreter im Völkerbund Astenzny richtet und in denen sie ihm vorwirft, daß er daran schuld wäre, daß die Angelegenheit vor das Schiedsgericht im Haag kam, wo sie nicht zu Stande sei. Es handelt sich um eine rein außenpolitische Rechtsfrage. „Gazeta Warszawska“ geht so- weit, Astenzny vorzuwerfen, daß er die Angelegenheit so ge- führt hätte, um sie als eine Zoffunde der jetzigen Regierung darzustellen und sich selbst einen guten Namen in der Welt zu machen. — Es muß wohl um den Sieg der polnischen Aufschau- ung im Haag doch nicht so sicher bestellt sein, wie polnische Blätter wissen wollen.

## Kurze Nachrichten

Neue Zuschläge für die Reichsarbeiter. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter wurden am Freitag beendet. Für die Woche vom 12. bis 19. August werden auf die Löhne der laufenden Woche noch 30 Prozent gewährt. Außerdem sollen 10 Prozent des Lohnes der laufenden Woche am nächsten Dienstag nach- bezahlt werden. Die Löhne für die Zeit vom 26. August bis 1. September werden am Dienstag, den 28. August, verein- bart werden.

61 Millionen Monatsinkommen steuerfrei. Nach den Be- schlüssen des Steuerausschusses des Reichstages sollen, wie ge- meldet, die steuerfreien Abzüge und Werbungskosten vom 1. September ab gegen die Abzugsbeträge verhältnismäßig ver- mindert werden. Das bedeutet für den verheirateten Steuerpflichtigen mit einem Jahre bis zu einem Einkommen von 61 200 000 M. köp- fliche Steuerfreiheit. Der alleinstehende Steuerpflichtige genießt Steuerfreiheit bis zu einem Monatsinkommen von 3 000 000 + 30 Millionen = 33 600 000 M. Für den im Wochenlohn stehenden unverheirateten Arbeiter bleiben 864 000 + 7 200 000 = 8 064 000 M. steuerfrei.

Die Krise im Druckgewerbe. Nach einer Mitteilung des Deutschen Buchdruckervereins ist die Schließelzahl auf 96 000 erhöht. Bei der Zeitungszelle des Reichspostamtes haben bis 20. August 113 deutsche Zeitungen und Zeitungen angezeigt, daß sie ab 1. September nicht mehr erscheinen. Die Zahl dürfte sich bis Ende dieses Monats noch wesentlich erhöhen. Die Breslauer Buchdruckerbesitzer beschließen, dem gesamten Druckpersonal zu kündigen. — Der Vorstand des Vereins Bür- gerlicher Zeitungsvorleger hat beschlossen, die Betriebe unter Um- ständen schon in den nächsten Tagen stillzulegen, wenn nicht ein Weg gefunden wird, der über die durch die Buchdrucker- löhne geschaffene kritische Lage hinwegzuhelfen geeignet ist.

Die Wahrheit über die Schwarze Schmach. Den Lügen der Franzosen im Ausland, daß im besetzten Gebiete von ihnen keine farbigen Truppen verwendet würden, tritt die vom „Deutschen Volkstum“ gegen die „Schwarze Schmach“ (Gesellschaf- tliche München, Finkenstr. 2) herausgegebene Monatschrift „Die Schmach am Rhein“ in ihrer neuen Nummer wieder mit einem gewaltigen Beweismaterial entgegen. Die Zeitschrift enthält wieder Material aus der Denkschrift des deutschen Reichsinnenministers, amtliche Berichte über die von den far- bigen Franzosen in der West- und der jüngsten Zeit verübten Ausschreitungen und Skandale, wie Kundgebungen führen- der Parlamentarier Englands und Italiens.

Opposition der Sozialdemokratie in Württemberg. Die so- zialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags hat in einer Entschließung gegen die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Stuttgart, Ulm und Heilbronn protestiert und zum Zwecke der Herbeiführung verfassungsmäßig

Der Zustand und Klärung der politischen Lage im Reich die sofortige Einberufung des Landtags beantragt.

Der japanische Ministerpräsident Kato ist gestorben.

Der Stimmzettel wieder akut. In den italienisch-jugoslawischen Verhandlungen über Trieste ist es zu einer Krise gekommen. Mussolini erklärte, die italienische Regierung könne eine Verlängerung der seitens Jugoslawiens der Lösung des Problems entgegenstehenden Opposition nicht mehr zulassen. Wenn bis 31. August eine Einigung nicht gefunden sein sollte, behalte sich Italien seine volle Handlungsfreiheit vor. Darunter ist unter den obwaltenden Umständen natürlich nichts anderes zu verstehen als eine Annexion. Jugoslawien hat bisher noch nicht geantwortet.

Die Befreiung der Türkei. Die Nationalversammlung von Angora hat mit 215 von insgesamt 235 Stimmen den Vertrag von Lausanne ratifiziert. Die Württemberg-Kommission in Konstantinopel haben daraufhin die türkischen Behörden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Okkupationskräfte am Freitag mit der Räumung von Konstantinopel und Tschana beginnen würden; achtzehn Transportdampfer seien zu diesem Zweck bereit.

## Badische Uebersicht

### Die polizeiliche Wucherbekämpfung

Durch dieses sehr umfangreiche Gebiet führte uns ein Lichtbildervortrag, den am gestrigen Freitagabend der Leiter des Wucherdienstes beim Landespolizeiamt, Amtmann Schneider, im Hörsaal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule hielt. Zwischen Bekämpfung der Teuerung, die ja in der Hauptsache dem Reich und der Reichsregierung obliegt, und der Bekämpfung des Wuchers, der gerade in Teuerungszeiten den besten Nährboden findet, ist zu unterscheiden. Hier aber, auch in dieser Beschränkung bleibt noch eine Fülle von schwierigen Aufgaben, von denen der Polizei sehr wichtige zugewiesen sind. Im einzelnen kurz auf diese Aufgaben eingehend, gegen Schluß des Vortrags mit Lichtbildern die Tätigkeit der Polizei auf den Märkten, Schlacht- und Viehhöfen, an der Grenze, in der Eisenbahn, auf den Bahnhöfen illustrierend gab der einstudige Vortrag einen interessanten Überblick. Er besprach vor allem die kürzlich erfolgte umfassende Neuorganisation der gesamten Wucherbekämpfung und der entsprechenden Verordnungen, die in den Kreis der Wucherbekämpfung auch den sog. Leistungswucher und, was noch nicht allgemein bekannt, den sog. Miet- und Verpflegungswucher einbeziehen. Die Wucherdienststelle beim Landespolizeiamt hat in erster Linie die Aufgabe, die einzelnen polizeilichen Dienststellen zu überwachen und anzuleiten, ein einheitliches Vorgehen zu veranlassen, Material zu sammeln, Feststellungen zu machen und Aktionen zu unternehmen, die über die lokale Bedeutung hinausgehen (u. a. erforderlich werden Streifen in den einzelnen Ernährungsgebieten für Vieh, Frühlamm, Kartoffeln, Obst) in der Preisprüfungs-Kommission mitzuarbeiten, Beziehung zu den Reichsbehörden, wie Reichswirtschaftsministerium Reichsfinanzamt und zu den zuständigen Landesbehörden, Statistisches Landesamt, Landespreisprüfungsstelle usw. zu unterhalten. Die erteilten und heranziehenden Handlungsvorgänge zu sammeln usw. Zu letzterem Punkt wies der Vortragende auf die große, die Waren verteilende Schädlichkeit des Annahmens des unberechtigten Zwischenhandels hin und teilte mit, daß während 1922 nur durchschnittlich 14 Prozent der Geschäfte abhändig befriedigt worden seien, im letzten Halbjahr rund 2000 Personen = 45 Prozent zurückgewiesen wurden. Bei der Bekämpfung des Wuchers, einer der bedauerlichsten Straftatbestände unserer Zeit, sei jedoch sehr wichtig die Mitarbeit und Unterstützung der Polizei durch das Publikum und jeden Einzelnen, der nicht glauben dürfe, daß es mit dem Erlass eines Gesetzes getan sei, auch nicht nur damit, daß er in dem oder jenem Fall die Polizei in Bewegung zu setzen und sich nicht weiter damit zu kümmern brauche. Eine Anzahl der vorgeführten Lichtbilder zeigten außer der Tätigkeit der Wucherpolizei u. a. auch die Instruktionen, welche die Polizeibeamten erhalten, ferner die Teuerungskarten des letzten Halbjahres, welche im Vergleich zu der des Vorjahres um das Fünffache ansteigend auf der graphischen Darstellung verkleinert werden mußten, weil sie sonst — fast 800 Meter lang, zuletzt ganz steil aufwärts steigend nur am Pariser Eiffelturm hätte angebracht werden können.

### Parteitag der badischen Zentrumspartei

Infolge der Verkehrsverhältnisse wird der Parteitag der badischen Zentrumspartei im September an zwei Orten abgehalten werden und zwar in Freiburg und Karlsruhe. Der Haupttag der badischen Zentrumspartei wird am 13. September nachmittags 4 Uhr in Freiburg tagen, während am 16. September, mittags 12 1/2 Uhr, der Delegiertentag für Oberbaden im katholischen Vereinshaus zu Freiburg stattfindet. Die Delegierten für Mittel- und Unterbaden treten dann am 23. September, nachmittags 1 Uhr, im Eintrachtsaal in Karlsruhe zusammen. Auf der Tagesordnung für Freiburg steht der Klassenbericht und ein Referat über Finanzfragen, ein solches über die politische Lage und die Partei, worüber Reichsminister a. D. Fehrenbach oder Dr. Wirth-Vorländer sprechen werden, ferner ein Referat über Reichstagswahlen, Kandidatenaufstellung usw. von Prälat Dr. Schöfer. Die letztgenannten beiden Hauptthemen werden auch in Karlsruhe von denselben Referenten behandelt werden.

### Kein ständiger Austausch über die Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen

Die Meldung, daß am letzten Donnerstag an der Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen ein Austausch von Personen stattgefunden habe, die von der Sperre des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet überführt wurden, ist im unbesetzten Deutschland vielfach so aufgefaßt worden, als ob tatsächlich ein Austausch von solchen Personen stattgefunden habe. Dieser vollständig unrichtigen Auffassung gegenüber muß daher nochmals ausdrücklich festgestellt werden, daß ein Austausch nur am Donnerstag, den 23. d. Mts., stattgefunden hat und daß die Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen nach wie vor gesperrt ist. Es wird zwar versucht werden, einen weiteren Austausch von ausgesperrten Personen herbeizuführen, doch hängt dies vollkommen von dem Entgegenkommen der französischen Besatzungsbehörde ab. Sollte es gelingen, nochmals einen Austausch von der französischen Besatzungsbehörde zu erreichen, so wird der Austausch tagtäglich vorher bekannt gegeben. Es muß jedoch dringend betont werden, bevor ein weiterer Austausch bekanntgegeben ist, aus dem unbesetzten Deutschland nach Mannheim zu reisen, da keine Möglichkeit besteht, solch zugereichte Aussperrte ins besetzte Gebiet zu befördern, und da die Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten in Mannheim äußerst schwierig sind und von der pfälzlichen Fürstengesellschaft keine Garantie für die Unterbringung der zugereichten Personen übernommen werden kann.

### Die Lage der deutschen Gefangenen in der Pfalz

Ludwigshafen, 24. Aug. Nachdem die Unterbringung der deutschen Gefangenen in den französischen Gefängnissen der Pfalz im großen und ganzen den Verhältnissen entsprechend befriedigend geworden ist, hat General Degoutte durch einen Befehl an die Divisionskommandeure im besetzten Gebiet angeordnet, daß nunmehr den Delegierten des Deutschen Roten Kreuzes oder ihre Bevollmächtigten zum Besuche der deutschen Gefangenen in den französischen Gefängnissen zugelassen werden. Lediglich im Militärgefängnis in Landau bestehen noch unhaltbare Zustände, da das Gefängnis für eine Belegschaft von 98 Gefangenen eingerichtet ist, während die Zahl der deutschen Gefangenen 133 beträgt. Ein Teil von ihnen ist noch Zweibrücken überführt worden. Auch die beiden Stabsorteile des künftlich von den Franzosen beschlagnahmten Landgerichtsgefängnisses in Kaiserslautern sind nunmehr belegt worden.

Beinahe zwei Drittel der in der Pfalz in französischer Haft befindlichen deutschen Gefangenen stammt aus dem Ruhrgebiet.

Nach einer Verfügung der französischen Besatzungsbehörde dürfen die Gefangenen an Liebesgaben in der Woche 125 Gramm Wurst, sowie Tabak oder Zigaretten oder 7 Zigarren verabreicht werden. Gefangene über 50 Jahre und solche Gefangene, die im Besitze eines ärztlichen Attestes sind, dürfen durch das Rote Kreuz versorgt werden.

Man nimmt an, daß die Erleichterung des schweren Loses der Gefangenen auf die Bemühungen des päpstlichen Delegierten Monsignore Lesta zurückzuführen ist.

In Deutschland war das Gerücht verbreitet, daß unter den deutschen Gefangenen in Germersheim Hungertypus ausgebrochen sei. Die angestellten Ermittlungen haben die Behauptung nicht bestätigt. Es konnte kein Fall von Hungertypus festgestellt werden.

### Syndikalist und Kommunisten im besetzten Gebiet

Mannheim, 22. Aug. Die Syndikalistik hielten gestern in Ludwigshafen eine Delegiertenversammlung aus dem gesamten besetzten Gebiet ab. Als vor dem Lokal ein Plakat von sozialistischen und kommunistischen Organisationen verteilt wurde, in dem die Führer der separatistischen Bewegung als Verräter und Spione gekennzeichnet wurden, gab es Zusammenstöße. Mehrere hundert Syndikalistikler zogen ins Bureau des Chemischen Industrieverbandes (der Noten Gewerkschaftsinternationale angehörend) und demonstrierten die Einrichtung. Man versuchte, den Vorsitzenden des Verbandes unter Mißhandlungen in das syndikalistische Versammlungslokal zu schleppen. Außerdem wurde der Versuch gemacht, sich des kommunistischen Parteibureaus zu bemächtigen. Einige der von der Polizei festgenommenen wurden von den Syndikalistikern befreit.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Lahr, 23. Aug. Die neuen Lohnerhöhungen haben für die Betriebe des graphischen Gewerbes hier zwar zu keiner Einstellung, wohl aber zu einer Arbeitszeiterhöhung geführt. Dieser Entschluß war im Interesse der Weiterbeschäftigung des gesamten Personals notwendig.

DZ. Fehringen an Kaiserstuhl, 24. Aug. In voller Körperlichkeit und geistiger Frische und Müdigkeit feiert heute im Kreise zahlreicher Enkel und Urenkel die älteste Einwohnerin des Dorfes und wohl auch die älteste Bewohnerin der Kaiserstuhlgegend, die Witwe Madler geborene Ströbel, ihren 100. Geburtstag. Frau Madler ist die Großmutter des Weinbauunternehmers z. Haffen in Freiburg. Bis zu ihrem 90. Lebensjahr arbeitete die Publikistin noch in den Aebden und auch heute noch ist ihr der tägliche Genuß eines Gläschen Weines zu einem unentbehrlichen Labial geworden.

DZ. Stodach, 23. Aug. Der Kommunalverband Stodach teilt in einer Bekanntmachung mit, daß er die Versorgung mit Marktbrot so lange einstellen müsse, bis die Reichsgetreidestelle wieder Mehl od. Getreide zuweise. Schon in letzter Zeit konnte die Brotversorgung nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß von anderer Seite das entsprechende Korn zur Verfügung gestellt wurde.

DZ. Triberg, 23. Aug. Am Portal des Sommerantunnels an der Schwarzwaldbahn wird seit einiger Zeit gearbeitet, um die Folgen der dort eingetretenen Senkung zu beseitigen. Die Schwierigkeiten bringen es mit sich, daß die Arbeit nur langsam vor sich geht.

DZ. Sengen a. S., 23. Aug. Nachdem erst am vergangenen Samstag über eine Jugenztagelesung auf dem hiesigen Bahnhof berichtet wurde, ist am Dienstag auf der Entgleisungswende Sengen-Ost bereits wieder ein dazwischengefallener Unfall passiert. Diesmal handelte es sich um eine Lokomotive. Die Gleisanlagen sind erheblich beschädigt worden.

DZ. Sengen a. S., 24. Aug. Der Schiedspruch für die Metallindustrie des Saarlandes ist vom Landeskommissar für verbindlich erklärt worden, so daß damit der Konflikt in der Metallindustrie endgültig beigelegt ist.

DZ. Rastatt, 24. Aug. Für die hiesige Stadt steht eine neue Flugzeugverbindung in Aussicht. Der Süddeutsche Sternflug, der in Würzburg seine Gründungsverammlung abhielt, verfolgt den Zweck, von Würzburg aus den Flugverkehr zu organisieren. Es ist hierbei auch eine Strecke Bad Münstingen—Konstanz in Aussicht genommen, auf welcher die Passagiere die Fahrt über das Main- und Taubertal, über Stuttgart, den Württembergischen und badischen Schwarzwald nach Konstanz unternehmen können.

### Aus der Landeshauptstadt

Aus der Stadtratsitzung vom 23. August 1923. Im Einverständnis mit dem Austausch für das Besatzungsgebiet werden für die Bekämpfung von Leichen Passpässe neben den bisherigen Holzjahren eingeführt. Den Beteiligten steht es frei, einen Holzjahren oder einen Passjahren zu wählen. Der Letztere ist erheblich billiger als der Holzjahren. An den Bestattungskosten kommt der Unterschied zwischen dem Holzjahren und dem Passjahren in Abzug. — Dem Ludwig-Wilhelm-Krankenheim wird für 1923 außer dem bereits bewilligten Zuschuß von 420 Millionen Mark ein weiterer in Höhe von 450 Millionen Mark aus der Stadtkasse überwiesen. — Dem Verein Jugendhilfe wird zur Unterbringung von 20 Kindern im Erholungsheim Falkenburg in Gerrenalb ein Zuschuß von 50 Millionen Mark auf die Transport- und Unterbringungskosten gewährt. — Um der Geldnot zu steuern, soll weiteres städtisches Notgeld in der Form von 2-, 5- und 10-Millionen Scheinen hergestellt werden. Von den bisher erschienenen 500 000 Mark Scheinen werden weitere Stücke in nötiger Menge geliefert. — Die noch fälligen zwei Viertel der Grund- und Gewerbesteuer für 1923 sollen zur Beschaffung dringend nötiger Geldmittel für die Stadt fort-

fort zur Zahlung aufgerufen werden. Weiter wird beschlossen, vom September ab monatlich aus je 100 Mark Steuerwert des Grundvermögens 3000 Mark und aus je 100 Mark Steuerwert des Gewerbevermögens 6000 Mark als Vorauszahlung auf die Gemeindesteuer für 1923 zu erheben. — Die Zuschläge zur Grundmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten werden mit Wirkung vom 1. Sept. d. J. an auf 1 800 000 vom Hundert, diejenigen für große Instandsetzungsarbeiten auf 1 200 000 M. v. H. erhöht. Gleichzeitig wird von demselben Zeitpunkt an der Sonderzuschlag für Werkstätten mit weniger als 20 Arbeitern auf 40 000 vom Hundert, für alle übrigen gewerblichen Räume auf 60 000 vom Hundert der Grundmiete festgesetzt. — Der Betrieb des städtischen Schwimmbades am Rheinhafen gestaltet sich infolge des eingetretenen Bitterungsumschlages und der stetig steigenden Ausgaben von Tag zu Tag unrentabler. Da der Sommer in der Hauptsache vorüber ist, wird das Schwimmbad geschlossen, um weiteren Verlusten vorzubeugen. — Infolge der weiter fortgeschrittenen Geldentwertung tritt mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Bestattungs-, Wochenmarkt- und Entschuldigungsgebühren sowie der Paderpreise ein. — Zur Deckung der bei der städtischen Straßenbahn durch die neuerlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen entstehenden Mehraufwendungen werden die derzeitigen Tariffsätze um durchschnittlich 50 Prozent mit Wirkung vom 27. August d. J. an erhöht. Die Einzelfahrt bis 5 Teilstrecken kostet dann 150 000 Mark, über 5 Teilstrecken 220 000 Mark. Bei Benützung von Fahrkartenbesten wird sich eine Fahrt bis 2 Teilstrecken auf 83 000 Mark und eine solche bis 5 Teilstrecken auf 125 000 Mark stellen. Die nach der Tarifserhöhung vom 21. August d. J. gelösten Fahrscheinstehe betragen mit dem 30. September 1923 ihre Gültigkeit. — Bei der Karlsruher Lokalbahn werden die Preise der Einzelfahrt mit Wirkung vom 27. August 1923 an um 100 Prozent erhöht.

Die Karlsruher Herbstwoche 1923. Wie bereits mitgeteilt, ist es trotz der Schwere der Zeit dem Verkehrsverein Karlsruhe gelungen, nach Überwindung zahlreicher Hindernisse auch dieses Jahr die „Karlsruher Herbstwoche“ zu sichern. Sie soll in der Zeit vom 21. September bis 16. Oktober stattfinden. Im Nachstehenden sei die in Aussicht genommene Wiederholung des Tagesprogrammes mitgeteilt: 21. September: Zur Eröffnung der Herbstwoche Orgelkonzert in der Festhalle von Franz Philipp, Freiburg veranstaltet von der Stadtgemeinde. 22. September: Landestheater: Uraufführung „Reise gegen Gott“, Drama von B. N. Landner. Konzert in der Kunstausstellung. 23. September: Morgenfeier in der Kunstausstellung. Landestheater: „Templer und Jüdin“. Konzerthaus: „Hamlet“. Karlsruher Herbstfestaffäre, veranstaltet vom Stadtausflug für Reiseschüler. Start: Volkstrauern, Ziel: Pfühlig Sportplatz im Wildpark. 24. September: Landestheater: Aufführung „Von deutscher Seele“ große romantische Skizze von Wagner, unter persönlicher Leitung des Komponisten. 25. September: Landestheater: „Götter der Verklärung“. 26. September: Landestheater: „Gurhanthe“. In der Kunstausstellung: Konzert. 27. September: Wiederholung von „Reise gegen Gott“, Drama von B. N. Landner. 28. September: Schaulustigkeitsnächte, veranstaltet von der Ortsgruppe Karlsruhe des badischen Einzelhandels bis 3. Oktober. Landestheater: „Jüngling der Götter“. 29. September: Landestheater: „Neuinstudiert“. „Jungfrau von Orleans“. Ausstellungshalle: Konzert. 30. September: Ausstellungshalle: Morgenfeier, Landestheater: „Lohengrin“; ferner Karlsruher Turntag, veranstaltet von den Karlsruher Turnvereinen. 1. Oktober: Landestheater: „Hamlet“ von Shakespeare. Matineeabend Eugen d'Albert in der Festhalle. Ferner ist durch die Musikalienhandlung Neufeld vorgesehen: Ein Kammermusikabend des Armarquartetts in der Eintracht. 2. Oktober: Landestheater: „Armer Heinrich“. Oper von Wagner. 3. Oktober: Landestheater: „Die beiden Schützen“, Oper von Lehmann; in der Ausstellungshalle: Konzert. 4. Oktober: Landestheater: Wiederholung des Dramas „Reise gegen Gott“ von Landner. 5. Oktober: Landestheater: „Templer und Jüdin“. 6. Oktober: Landestheater: „Jungfrau von Orleans“; in der Festhalle: Konzert des Heidelberger Bachvereins unter Leitung von Dr. Poppen. In der Ausstellungshalle: Konzert. 7. Oktober: Morgenfeier in der Ausstellungshalle; im Landestheater: „Aida“; 8. Okt. Landestheater: „Die Josefsgedichte“ v. Strauß. 9. Okt. Landestheater: Wiederholung „Josefsgedichte“. 10. Oktober: Landestheater: Wiederholung „Josefsgedichte“; in der Ausstellungshalle: Konzert. 13. Oktober: Mendelssohn-Abend, veranstaltet von der Volkssingakademie in der Festhalle. 15. Oktober: Symphoniekonzert des Landestheaters als erstes der diesjährigen 6 Württembergischen Sinfoniekonzerte. — In der Technischen Woche vom 29. September bis 8. Oktober finden, abgesehen von den bereits erwähnten zwei technischen Ausstellungen, wissenschaftliche Vorträge und Besichtigungen industrieller Einrichtungen von Karlsruhe und Umgebung statt. Die Woche wird voraussichtlich durch eine Ansprache des Ministers für Kultus und Unterricht, Dr. Fellpach in der Aula der Technischen Hochschule eröffnet werden. Am Eröffnungstag Vortrag des Regierungsrates Roth über „Technik und Wissenschaft“. In Verbindung mit der Landestagung der technischen Vereine Badens Lichtbildervortrag des Geheimen Rats Professor Dr. Rehböck über „Ausgabe und geplante Wasserkraft in Baden“. Weiter sind an Vorträgen vorgesehen: Professor Dr. Amano über „Entwicklung der Verkehrsmittel“, Professor Dr. Bunte über „Gas“, Architekt Wäger über „Karlsruher Generalbebauungsplan“, Baurat Neher über „Wissenschaftliche Betriebsführung“, Baurat Seitz über „Städtische Anlagen (Wälder, Gaswerk, Elektrizitätswerk, Feuerwerk)“, Baurat Weigel über „Brückenbau und Brückenkonstruktionen“. An industriellen Anlagen sind zur Besichtigung vorgesehen: Junker und Ruhwerke, Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe oder die Stellwerke des Hauptbahnhofs, Straßenbahn, Elektrizitätswerk, Transformatorhaus Scheibhardt und Murgwerk Forbach. Die Vorträge finden in der Technischen Hochschule statt und sind für Jedermann unentgeltlich zugänglich. Für die Ausstellung in der Orangerie wird ein mäßiges Eintrittsgeld erhoben werden. — Von den ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungen mußten leider verschoben werden: Der Hof-Abend, die Freilichtaufführung „Sommerabendstraum“ von Shakespeare, die Pferdereisen und die landwirtschaftliche Ausstellung.

Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923. Die Ausstellungszeit neigt sich ihrem Ende zu. In einigen Wochen wird sie geschlossen werden. Es wird also für alle, die die Ausstellung noch nicht besucht haben, Zeit, das Veramnis nachzuholen. Die besten Werke jeder Kunstrichtung in Malerei, Graphik und Plastik stehen zur Schau. Dazu kommt die Sonderausstellung „Angewandte Kunst“.

Nach der neuen Eisenbahn-Tarifserhöhung vom 20. August ist für einen Kilometer zu zahlen: in der ersten Klasse 32 000 Mark, in der zweiten Klasse 16 000 M., in der dritten Klasse 5000 M., in der vierten Klasse 3300 M. Mit dieser Neuordnung sind auch die Schnellzugzuschlagsarten entsprechend erhöht worden; sie betragen für die I. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Kl. 640 000 M., 2. Kl. 320 000 M., 3. Kl. 100 000 M., für die II. Zone (bis 150 Kilometer) 1. Kl. 1 280 000 M., 2. Kl. 640 000 M., 3. Kl. 200 000 M., für die III. Zone (über 150 Kilometer) 1. Kl. 1 920 000 M., 2. Kl. 960 000 M., 3. Kl. 300 000 M. Die Fahrpreise ab Karlsruhe betragen jetzt nach Bruchsal 3. Kl. 110 000 M., (4. Kl. 50 000 M.), Heidelberg 280 000 (190 000), Mannheim (über Wankenheim) 310 000 (210 000), Rosbach 540 000 (380 000), Würzburg 1 100 000 (710 000), Eri-

lingen 40 000 (30 000), Kattow 120 000 (80 000), Gernsbach 200 000 (130 000), Baden-Baden 180 000 (130 000), Krenzen 800 000 (200 000), Donaueschingen 860 000 (570 000), Freiburg 880 000 (460 000), Pöchlarn 1 300 000 (840 000), Stuttgart 470 000 (340 000), München 1 700 000 (1 150 000), Frankfurt am Main 750 000 (500 000), Berlin 3 500 000 (2 800 000), Hamburg 3 600 000 (2 800 000), Leipzig 2 700 000 (1 800 000), Königsberg (6 500 000 (4 300 000)). Diese Preise bedeuten gegenüber denjenigen vor dem 20. August d. J. eine Erhöhung um den zehnfachen Betrag. Schnellzugsaufschläge sind nach den oben angegebenen Zonentaxen leicht zu errechnen.

**Stadt. Konzerthaus.** Auf die heute Samstagabend stattfindende Erstaufführung der Operettenneuheit „Katja, die Tänzerin“ sei hiermit nochmals hingewiesen und bemerkt, daß nur ganz wenige Aufführungen dieser Operette stattfinden können, da die Spielzeit am Sonntag, den 2. September endet und als letzte Operette „Verliebte Leute“ von Künnele aufgeführt wird. — Morgen Sonntag, ist nur eine Vorstellung und geht abends 7 1/2 Uhr die Operette „Katja, die Tänzerin“ in Szene. Montag und täglich wird ebenfalls „Katja, die Tänzerin“ wiederholt.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen am 25. August vorbörslich

	25. August	Woch. Kurs vom 24. Aug.	Woch. Kurs vom 24. Aug.
Holland . . . . .	2 030 000	1 835 400.—	1 844 600.— <sup>10</sup>
Schweiz . . . . .	950 000	842 887.50	847 112.50 <sup>10</sup>
Belgien . . . . .	240 000	209 475.—	210 535.— <sup>10</sup>
Italien . . . . .	225 000	199 500.—	200 500.— <sup>10</sup>
London . . . . .	23 500 000	21 196 875.—	21 303 125.— <sup>10</sup>
Paris . . . . .	290 000	261 345.—	263 655.— <sup>10</sup>
Neuyork . . . . .	5 000 000	4 688 250.—	4 711 750.— <sup>10</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

**Die neue Devisenordnung.** Von zuständigen Berliner Stelle wird mitgeteilt: Im „Reichsanzeiger“ erscheinen demnächst weitere Ausführungsbestimmungen zu der Valutapflichtverordnungsverordnung. In Zukunft darf ein Betrieb nur noch den Betrag an Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung erhalten, dessen er zur Fortführung innerhalb zweier Monate im Durchschnittsumfang der Monate Mai und Juni 1923 bedarf. Darüber hinaus dürfen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, auf Grund einer Handelskammerbescheinigung nicht erworben werden. Die Frist von zwei Monaten kann verlängert oder verkürzt werden. Hierfür sowie für Bewilligung von Ausnahmen und des Erlasses von Richtlinien ist der Bauvertrag des Reichswirtschaftsministers für die Devisenprüfung zuständig. Devisen dürfen nur nach Zustimmung der Finanzämter in Geldorten umgewandelt werden. Auch Auszahlungen von einem Währungsfonto dürfen nur nach Zustimmung des Finanzamtes in Noten erfolgen. Zuwiderhandlungen sind strafbar. Mit Strafschuld umkleidet ist ferner das Unterlassen der Führung des Devisenbuchs, sowie die nicht rechtzeitige oder unvollständige Einreichung der Abschriften aus dem Devisenbuche.

**Anziehen der Großhandelspreise um 88 Prozent.** Im Anschluß an die außerordentliche Steigerung der Devisenkurse in der Vorwoche ist die Großhandelsindexziffer in der Zeit vom 14. bis 21. August nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 88 Proz. auf das 1 246 598fache des Friedensstandes emporgeschneit. Gleichzeitig stieg der Dollar in Berlin von 8 Millionen auf 5,5 Millionen M. oder um 83 Proz., so daß das Goldniveau der Großhandelspreise eine abermalige Aufwertung, und zwar von 92,9 Prozent Gold am 14. August auf 95,1 Prozent Gold am 21. August erfuhr. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) von dem 422 856fachen auf das 818 826fache oder um 94 Prozent, die Industriestoffe von dem 1 115 425fachen auf das 2 046 345fache oder um 83 Prozent. Ferner die Inlandwaren von dem 630 102fachen auf das 1 180 857fache oder um 87 Prozent und die Einfuhrwaren von dem 832 770fachen auf das 1 575 299fache oder um 89 Prozent.

**Aus der Metallindustrie.** Der Verband der Deutschen Metallwaren-Industrie e. V. Berlin gibt bekannt, daß er angesichts der dauernden Marktentwertung den Übergang zur wertbeständigen Preisstellung für dringend notwendig halte und infolgedessen den Mitgliedern und Fachgruppen die wertbeständige Berechnung über eine Edelbalaia, möglich über den Dollar, empfehle.

**Marktberichte.** Der Schlachtviehmarkt in Freiburg vom 21. d. Mts. hat einen Auftrieb von 1 Ochsen, 1 Ferkel, 2 Kühe, 2 Rindern, 23 Lämmern und 11 Schweinen. Pro Zentner Lebendgewicht stellten sich die Preise wie folgt: Ochsen und Rinder I. 29—32 Millionen Mark, Ochsen und Rinder II. 28—30 Millionen, Ferkel 28,5—29,5 Millionen, Kühe 21—29 Millionen, Lämmer 36—43 Millionen und Schweine 50—60 Millionen.

Mark. Bei schwacher Zufuhr steigende Preise. Die vorgenannten Preise schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufsaufgaben aus, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erhöhen.

**Die Goldrechnung in Frankreich.** Auch in Frankreich scheinen sich Währungsänderungen bemerkbar zu machen. Das Comité de la Raine hat sich in seiner letzten Sitzung mit der eventuellen Einführung des Goldfranken für den Verkehr der französischen Volkswirtschaft beschäftigt und die Prüfung dieser vom Verband der französischen Webereien vorgebrachten Frage beschlossen. Diese Maßnahme ist für den Fall eines neuen Sinkens der Währung in Aussicht genommen.

## Literarische Neuerscheinungen.

**Leffings Werke in acht Teilen.** Unter Mitwirkung von Gustav Kettner, Richard M. Meyer und Arnold Rehme herausgegeben von Theodor Matthias. (Leipzig, Döse & Weder, Verlag, 5 Bde. in Halbleinen.) — In der Deutschen Klassiker-Bibliothek, dem bekanntesten Unternehmen des Verlags Döse & Weder in Leipzig, ist soeben eine neue Leffing-Ausgabe erschienen. Der Verlag löst damit eine Ehrenschuld ein seine alte Leffingausgabe genügt den Anforderungen nicht mehr, die wir heute zu stellen berechtigt sind. Das von Theodor Matthias unter Mitwirkung von drei anderen Gelehrten herausgegebene Werk ist, um es kurz zu sagen, die Leffingausgabe für weitere und weiteste Kreise. In acht Teilen wird alles geboten, was von Leffing lebendig geblieben ist. Neben den Gedichten und den wunderbar prägnanten Reden finden wir die Jugendromane und die fünf klassischen Werke „Mit Sara Sampson“, „Aphlos“, „Anna von Barnhelm“, „Emilia Galotti“ und „Rathen der Weife“. Die in den Schulen gelesenen kritischen Hauptchriften „Gamburgische Dramaturgie“ und „Laaloon“ sind in musterhafter Form vertreten; der „Laaloon“ enthält als überaus wertvoller Anhang die für Leffings Schaffen so bedeutsamen Entwürfe. Vollständig erhalten wir auch die „Briefe, die neueste Literatur betreffend“, bekanntlich eins der wichtigsten Zeugnisse für die Literaturentwicklung im 18. Jahrhundert. Die Döring-Schriften, eine glückliche Auswahl aus den Antiquarischen Briefen, die wunderbare Abhandlung „Wie die Alten den Tod gebildet“ und die lange Reihe der theologischen und philosophischen Schriften vervollständigen das Bild des streitbaren Kritikers und machtvollen Reformators. Mit Anerkennung ist schließlich der reichen Auswahl aus Leffings Briefen zu gedenken. Das Lebensbild (aus der Feder des Herausgebers), die Einleitungen und die sorgfältigen Anmerkungen: alles steht auf der Höhe der heutigen Forschung und wird vielen erwünschte Aufklärung geben. Der Text ist aufs peinlichste durchgesehen und muß als musterhaft und vorbildlich bezeichnet werden. — Die Ausgabe darf allen empfohlen werden, die sich mit diesem edlen Deutschen näher bekannt machen wollen, esen eigentliches Wesen nach Gottfried Kellers Worten nichts anderes ist als die ewige Jugend und Geschicklichkeit zu allen Dingen, der unbedingte gute Wille ohne Falch und im Feuer vergoldet.

**Dear Finkel: Das moderne Bühnenbild.** 142 Seiten mit 146 Abb. und 8 Farbtafeln. (Verlag Ernst Wasmuth Akt.-Ges. Berlin.) — Dieses in jeder Hinsicht vorzügliche und dankbar zu begründende Buch will der Anschauung dienen. Es will denen die Augen öffnen, die noch fern stehen den Bestrebungen des modernen Theaters, im Bühnenbild den Musik, Wort und Geste allein nicht auszureichen zu begnügen. Wer dieses Buch durchblättert, wird dem schon Gelesenen seine Bewunderung nicht verkagen können und sich an der verständnisvollen Auswahl der Abbildungen freuen. Sind doch gerade solche Dekorationsentwürfe und Figuren nur für den Tag geboren und werden selbst, es sei denn auf besonderen Theaterausstellungen, wie sie jüngst in Amsterdam, München und London veranstaltet wurden, einem größeren Kreise bekannt gemacht. Der Herausgeber hat nicht bei den deutschen Grenzgebieten Halt gemacht, sondern das Gute geholt, wo immer er es fand. Auch die jüngsten Richtungen, die hauptsächlich von russischen Künstlern herborgerufen wurden, konnten berücksichtigt werden. So gibt das Buch ein übersichtliches Bild der Theaterdecoration seit 1900 in Europa, soweit es wesentliches zu sagen hatte, und man darf mit dem Herausgeber hoffen, daß bald die Zeit der Experimente hinter uns liegt, und uns dann das künstlerisch einheitliche Theater beschied wird, das solange verloren war. Wir können das Buch nur aufs angelegentlichste empfehlen.

**Gerhart Hauptmann: Phantom.** Aufzeichnungen eines ehemaligen Sträflings. (Verlag S. Fischer Berlin.) — Hauptmanns neues Werk macht sich die Form des Memoirenromans in künstlerisch höchst fruchtbarer und eigenwilliger Weise zunutze. In dem der Held des Buches seine Erinnerungen aufzeichnet, bringt er das Phantom seiner Jugend, ein gnadenloses Mädchenbild, zu leidenschaftlich süßem, traumhaften Aufleuchten, während zugleich der von der Richtermeinung ausgehende Schatten um ihn ungeheuer wächst; gelendet, gebannt, gelähmt gerät er in ein Schicksal der Verwirrung, der Verfehlung und Verwahrlosung, das ihn in kalter Folgerichtigkeit und erbarmungsloser Härte aus der Bahn wirft. Der Meisterhaft Hauptmanns aber ist es gelungen, ihn und

alle an seinem Gesichte Beteiligten als Figuren von Menschenmaß zu zeichnen und dennoch den Leser zum Zuschauer eines übermenschlichen Dämonenkampfes himmlischer und höllischer Gewalten zu machen.

**Josef Wassermann: Ulrike Woylich.** Roman. (1.—11. Auflage. 560 Seiten, Verlag S. Fischer Berlin.) — In seinem weitgeplanten Erzählungswerk „Wendekreis“ gestaltet Wassermann die Zeit der Weltveränderung zum Bösen, die sich im letzten halben Jahrhundert vorbereitet hat und jetzt unter den Schreden des europäischen Zusammenbruchs in rapidem Tempo vollzieht. Der neue, dritte Band dieser umfassenden Seelengeschichte unseres Zeitalters, der große Roman „Ulrike Woylich“, packt die Erscheinung des Verfalls in ihren tiefsten Wesensgründen. Ulrike ist eine gewaltige Erkrankerin von Reichtum, eine Köchenerin vor toten Werken, voll unermüdlicher Arbeitskraft, voll Eud, Bier, Rist, Bahn, blindem Trieb. In ungeheurer, strengem Fleiß opfert sie sich ihren Vorhaben und Aufgaben, verlegt nie den Schein des Rechtes, und sie steht dennoch zuletzt derart und verdrückt in alter Vere: deshalb, weil ihr Dasein nur Dummheit, Hast und Lärm, nur Tat und immer wieder Tat, aber niemals Seele, Gnade und wahre Liebe war. Der Dichter hat ein ungemein weitreichenden Komplex von Lebensbildern und -Gegenbildern voll Farbe, Spannung und Abenteuer um seine Heldin gebreitet und führt uns mit meisterlicher Sicherheit und Klarheit durch das Unbekannte der uns allen bekannten Welt vor der Schicksalswende. Ulrike Woylich ist eine der mächtigsten und packendsten Romanabhandlungen der letzten Jahre.

**Ein Buch über das Jiu-Jitsu.** Jiu-Jitsu, die wirkungsvollste Selbstverteidigung, verleiht Überlegenheit über stärkere Gegner. Hans Reuter, der deutsche Jiu-Jitsu-Meister hat in seinem Lehrbuch eine Reihe von leicht erlernbaren Griffen an Hand zahlreicher Bilder so dargestellt, daß jedermann bei einiger Übung diese Abwehrgriffe auch dem stärksten Angreifer gegenüber zur vollen Wirkung zu bringen vermag. Erschienen ist das Buch im Verlag Köfenerbacher, München, Herzogspitalstraße 19.

## Staatsanzeiger.

### Benachrichtigung.

Dem Apotheker Otto Eckard in Tengen wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Steinen (Karrach) verliehen.

Karlsruhe, den 22. August 1923.

Der Minister des Innern,  
H. A. Dr. A. Jung.

## Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

### Ernannt:

Die Notarmeister Georg Armbruster, Bernhard Danner, Rudolf Enger, Anton Fröh, Vinzenz Gistl, Karl Kaiser und Eugen Keller in Karlsruhe zu planmäßigen Polizeiwachmeister in Pforzheim; die Notarmeister Heinrich Fuß, Karl Hofmann, Johann Doh und Josef Weis in Mannheim zu planmäßigen Polizeiwachmeistern; den Notarmeister Peter Reudel in Heidelberg zum planmäßigen Polizeiwachmeister; den Zugwachmeister Max Eisen in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

#### Ernannt:

Hauptlehrer Otto Schneider in Ziegelhausen zum Schulleiter (Vektor) an der Volksschule daselbst.

### Justizministerium.

#### Ernannt:

Gerichtsvorsteher Adolf Müller beim Amtsgericht Karlsruhe zum Justizinspektor bei der Staatsanwaltschaft daselbst. Rangleittant Heinrich Kaiser beim Amtsgericht Säckingen zum Rangleittant.

#### Berufen:

Justizobersekretär Eugen Raufsch bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst; Justizaktuar Wilhelm Karher beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Brrach.

### Zugelassen als Rechtsanwältin:

Rechtsanwältin Franz Roth in Kattow bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, Gerichtsassessor Paul Jitzi beim Landgericht Freiburg, Gerichtsassessor Dr. Erubert Delmut Riestler beim Landgericht Mannheim, Gerichtsassessor Dr. Rudolf Bauer-Mengelberg beim Landgericht Heidelberg

#### Verstarben:

Oberamtsrichter Ludwig Mayer in Dreifach.

Wir fertigen als Spezialität

# Wertpapiere

Aktien, Gutscheine, Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung.

G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.

Karlsruhstr. 14 vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Fernruf 953, 954

**Rationalkassen** beide Nummern, erbet. Kauf Bügler, Berlin, Potsdamerstraße 38. 2064

### Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Sulz (Thür.).

**Bürgermeister-Stelle.** Die Bürgermeisterstelle der Gemeinde Osterheim — 3600 Einwohner — ist alsbald durch einen Berufsbürgermeister zu besetzen. Osterheim, 23. Aug. 1923. Gemeinderat.

Belegte Bewerber wollen ihre Gesuche mit Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 5. September l. J. beim Gemeinderat einreichen. Osterheim, 23. Aug. 1923. Gemeinderat.

### Städtisches Konzerthaus

Leitung: B. 606  
Direktor Adalbert Steffter.

Heute Samstag, abds. 7 1/2 Uhr

Katja, die Tänzerin.

Morgen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:

Katja, die Tänzerin.

Montag, den 27. August, täglich abends 7 1/2 Uhr:

Katja, die Tänzerin.

Schluß der Spielzeit: 2. September 1923.

### Öffentliche Zustellung einer Klage.

1521. D. Bretten, Otto Wurster, minderjährig, vertreten durch den Vormund August Eigenmann in Sulzfeld, klagt gegen den

Otto Schneider, Gipsler aus Wüchig, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, mit dem Antrag auf Erhöhung der Unterhaltsrente auf monatlich 150 000 M.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits

am Montag, den 27. August, 10 Uhr, im

Amtsgericht.

Der Gerichtsvollzieher

Dr. H. A. Jung.

wird der Beklagte vor das

Amtsgericht in Bretten auf

Dienstag, 16. Okt. 1923,

vormittags 9 Uhr,

geladen.

Bretten, 22. Aug. 1923.

Amtsgerichts.

Gerichtsvollzieher des

Spartassenrechners

tüchtiger Reiter, mit allen

banmäßigen Arbeiten vertraut, auf 1. Oktober gesucht.

B. 786.2.1

Befolgung nach Vereinbarung auf Grund der Befolgungsordnung.

Zeugnisausfertigung und selbstgeschriebener Lebenslauf erbeten.

Städt. Sparkasse Krenzen.

Verwaltungssekretäre

Bei der Stadtgemeinde Schwetzingen sind 2 Stellen für Verwaltungssekretäre alsbald zu besetzen.

Gebalt nach Gruppe VI oder VII der Befolungsordnung je nach Alter und Ausbildung. Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung von Lebenslauf und Bildungsgang sowie

von Dienstzeugnissen und

unter Angabe des Tages,

an dem der Eintritt frühestens erfolgen kann, sofort

melden.

B. 784.2.1

Gemeinderat.

### Verwaltungsassistent

(Obersekretärprüfung bestanden) ledig, sucht sich

als Sekretär bezw. Obersekretär bei größerer Gemeinde- oder Stadtverwaltung oder sonstigen

Behörde zu veranlassen. Bedingung: Lebensstellung. Offerten unter

B. 783 an die Expedition des Blattes.

### Schutzmannstelle.

Bei der hiesigen Stadtgemeinde (Ortsklasse B) ist die Stelle eines Schutzmannes (Polizeidiener) sofort zu besetzen. Entlohnung erfolgt nach Gruppe IV der Befolungsordnung.

B. 783

Geeignete Bewerber, welche die Polizeischule mit Erfolg besucht haben, wollen Bewerbungen unver-

züglich schriftlich einreichen.

Mheinfelden (Baden), den 22. August 1923.

Der Gemeinderat:

Bogel.

### Zichten-Verbinden.

Das Staatl. Fortamt Freiburg verkauft freihändig ab Wald Genueller, Wüchig, Kappel, Falkenstein und (Schbach) circa 200 Zentner verkaufsfertige Zichtenverbinden gegen Bar innerhalb 6 Tagen ab Verkaufstag. Gebote bis Donnerstag den 30. August, vormittags 10 Uhr, erbeten. L. 588

### Tarifserhöhung.

Zum 27. August 1923 werden die Fahrpreise der Mittelbahn einschließlich der Höchstpreise für den Gemeinschaftsverkehr Mittelbahn-Stadt, Straßenbahn Karlsruhe erhöht. Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro. B. 437

Karlsruhe, 24. Aug. 1923.

Bahische Lokal-Eisenbahn

A. G.